

Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Nehmen und Geben – auch in der Steuerpolitik!

Die Stadt Bern hat in den letzten Jahren ausgeglichene bzw. leicht positive Rechnungsabschlüsse ausgewiesen. Dank einer gewissen Disziplin in der Haushaltsführung konnten die altrechtlichen Finanzfehlbeträge abgebaut und in den letzten beiden Steuerjahren ein kleines Eigenkapital gebildet werden.

In der letztjährigen Budgetdebatte wurde von mehreren Fraktionen die Bedeutung der Eigenkapitalbildung hervorgehoben, um der Stadt Bern in Zukunft einen gewissen finanziellen Handlungsspielraum zu gewähren. Es wurden allerdings weder die betragsmässige Höhe des zu akkumulierenden Eigenkapitals festgelegt noch in zeitlicher Hinsicht Vorgaben gemacht. Es blieb bei der politischen Absichtserklärung. Mit derselben Argumentation wurde der letztjährigen Ausgabe meines jährlichen Steuersenkungsvorstosses in Form einer Motion eine Absage erteilt und dieser als Postulat überwiesen. Damit hatte die Ratsmehrheit ein neues Argument gefunden, um die Umsetzung einer moderaten Steuersenkung auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

In der Zwischenzeit wurde das ausgeglichene Produktegruppenbudget 2012, das gleichbleibende Steuersätze vorsieht, vom Stimmvolk mit grossem Mehr gutgeheissen.

Die Probleme, welche im Vergleich zu anderen Kantonen für die meisten Steuerpflichtigen weit überdurchschnittliche Steuerbelastung mit sich bringt, sind damit nicht gelöst, im Gegenteil. Denn in letzter Zeit haben nicht nur andere, finanzstärkere Kantone die Steuerbelastung auch für natürliche Personen weiter reduziert sondern auch zahlreiche Gemeinden in der weiteren Agglomeration der Stadt Bern. Somit wird die Position der Stadt Bern im Steuervergleich nicht nur mit anderen städtischen Zentren der Schweiz sondern auch im Vergleich zu zahlreichen Agglomerationsgemeinden schlechter. Besserverdienende meiden die Stadt Bern als Wohnort. Junge, gut ausgebildete Leute pendeln lieber als dass sie Wohnsitz in der Stadt Bern begründen. In den letzten Jahren wandern auch immer mehr durchschnittlich verdienende Personen aus der Stadt Bern ab; dabei sprechen wir nicht von Grossverdienern sondern vom klassischen Mittelstand. Darüber kann auch nicht der wiederholte Hinweis des Gemeinderates hinwegtäuschen, wonach die Stadt Bern einen positiven Wanderungssaldo aufweise.

Um dieser negativen Entwicklung Einhalt zu gebieten und eine Trendwende hin zu mehr guten Steuerzahlern und damit mehr Steuereinnahmen einzuleiten, muss das Steuerklima in der Stadt Bern nachhaltig verbessert werden, wenn nicht im nächsten Steuerjahr so zumindest aufgrund klar definierten und voraussehbaren Voraussetzungen.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, die Steueranlage für die Stadt Bern um mindestens den Faktor 0.05 vom dannzumal geltenden Steuersatz (z.B. vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsansätze) in demjenigen Steuerjahr, in dem das Eigenkapital einen Betrag von Fr. 100 Mio. erreicht haben wird, zu senken.

Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli, FDP): Alexander Feuz, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Dannie Jost, Bernhard Eicher, Alexandre Schmidt, Pascal Rub

Antwort des Gemeinderates

Bevor der Gemeinderat sich zum Anliegen der Motionärinnen und Motionäre äussert, möchte er folgenden Sachverhalt präzisieren: Am 28. April 2011 hat der Stadtrat anlässlich der Beratung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans (IAFP) 2012 - 2015 mit SRB 173 Ziffer 2 folgende Planungserklärung zu den finanzpolitischen Grundsätzen angenommen:

„Punkt 7 der finanzpolitischen Grundsätze ist wie folgt zu ergänzen: Mittelfristiges Ziel ist die Schaffung von Eigenkapital in der Grössenordnung von 4 - 5 Steuerzehnteln (90 bis 120 Mio. Franken). Um dieses Ziel zu erreichen soll in der Periode 2012 - 2015 im Durchschnitt pro Jahr mindestens 10 Mio. Franken neues Eigenkapital geschaffen werden (38 Ja, 29 Nein).“

Die betragsmässige Höhe des zu bildenden Eigenkapitals auf einen mittelfristigen Zeithorizont beträgt somit 4 bis 5 Steuerzehntel respektive 90 bis 120 Mio. Franken. Somit erweist sich das im Motionstext ins Feld geführte Argument, wonach weder zur betragsmässigen Höhe noch zum Zeitraum, innerhalb welchem dieses Eigenkapital geäuft werden soll, Vorgaben beständen, als nicht stichhaltig. Der Gemeinderat steht hinter dieser finanzpolitischen Zielsetzung und richtet seine mittelfristige Finanzpolitik entsprechend darauf aus.

Allerdings wird es grosse finanzielle Anstrengungen erfordern, um diese Zielsetzung zum Eigenkapital zu erreichen. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat einen IAFP 2013 - 2016 unterbreitet, der in den Planjahren 2013 - 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis und drei Überschüsse im Umfang von 7,2 bis 0,09 Mio. Franken ausweist. Diese positiven Zahlen konnten indes nur ausgewiesen werden, weil der Gemeinderat im IAFP Verbesserungsmaßnahmen in der Höhe von 5,75 Mio. Franken und zu prüfende Verbesserungsmaßnahmen in einem Betrag von rund 22 Mio. Franken vorgesehen hat. Diese Verbesserungsmaßnahmen drängen sich wegen der markanten Reduktion der Gewinnausschüttung von Energie Wasser Bern (ewb) um mehr als 20 Mio. Franken auf. Der Stadtrat hat am 10. Mai 2012 bei der Beratung des IAFP 2013 - 2016 nun aber mit einer Reihe von Planungserklärungen den grössten Teil dieser Massnahmen abgelehnt. Somit ist zurzeit offen, mit welchen Massnahmen die anvisierte Höhe des künftigen Eigenkapitals erreicht werden kann.

Der Weg bis zur anvisierten Grösse des Eigenkapitals ist noch weit und beschwerlich. Insofern erscheint der Zeitpunkt für eine Diskussion über eine Steuersenkung als sehr früh respektive muss zuerst ein politischer Konsens erzielt werden, mit welchen Massnahmen die angestrebte Eigenkapitalbildung sichergestellt werden kann. Für den Gemeinderat ist davon losgelöst jedoch Folgendes klar. Die Bildung von Eigenkapital erfolgt nicht zum blossen Selbstzweck. Eigenkapital wird angespart, um in schwierigen Zeiten über Reserven zu verfügen. Eigenkapital wird aber auch angespart, um sich neue finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen. Dazu gehört unter anderem eine Steuersenkung. Sind sämtliche öffentlichen Aufgaben finanziert und liegt ein genügend grosses finanzielles Polster für schwierige Zeiten auf der Seite, gibt es für ein Gemeinwesen keinen Grund, die Steuern nicht massvoll zu senken. Genau dies verlangt die Motion. Diesem Anliegen kann sich der Gemeinderat auf lange Sicht anschliessen. Sobald das Eigenkapital dereinst die angestrebte Höhe erreicht hat, wird der Gemeinderat dem Stadtrat im Rahmen der Erarbeitung des IAFP aufzeigen, wie eine nachhaltige Steuersenkung umgesetzt werden kann.

Die Motionärinnen und Motionäre weisen zur Begründung der geforderten Steuersenkung auf die im Vergleich zu anderen Kantonen weit überdurchschnittliche Steuerbelastung hin. Der Gemeinderat teilt diese Einschätzung, wonach die Steuerbelastung im Kanton zu hoch ist, und zwar auch unter Berücksichtigung der besonderen Topographie des Kantons. Deshalb sind in erster Linie die zuständigen Behörden des Kantons gefordert, die erforderlichen Massnahmen einzuleiten, um sich im interkantonalen Steuerwettbewerb besser zu positionieren. Diese Massnahmen dürfen allerdings nicht zulasten der Gemeinden erfolgen, zumal viele von ihnen mit ihren Finanzen haushälterisch umgehen und in gesunder finanzieller Verfassung sind. Die Stadt beispielsweise hat ihre Hausaufgaben gemacht respektive die nötigen Schritte eingeleitet, um ihre Rolle im Kanton als wirtschaftliches Zentrum in Zukunft weiterhin erfolgreich wahrzunehmen. So vermag sie im Vergleich mit Städten anderer Kantone bei der Steuerbelastung mitzuhalten, wie der Gemeinderat dem Stadtrat im Rahmen der Antwort auf die Motion Fraktion FDP: Eine moderate Steuersenkung - ein wichtiges Zeichen an die Steuerpflichtigen der Stadt Bern in einem Vergleich mit der Stadt Zürich aufgezeigt hat.

Der Anteil der Gemeindesteuern an der Gesamtsteuerbelastung beträgt für die Stadt lediglich etwas mehr als ein Viertel. Mit einer Korrektur der Steueranlage würde die Gesamtsteuerbelastung - welche für die Steuerzahlenden entscheidend ist - nur unwesentlich verändert. Um die interkantonale Rangkonkurrenz zu beeinflussen, muss, wie bereits dargelegt, primär die Steueranlage auf kantonaler Ebene verändert werden.

Zur Begründung der Motion wird weiter angeführt, dass zahlreiche Gemeinden in der weiteren Agglomeration der Stadt Bern in letzter Zeit die Steuerbelastung gesenkt hätten, wodurch sich die Position der Stadt Bern im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden verschlechtert habe. Es ist richtig, dass in der Periode 2009 - 2012 sieben Agglomerationsgemeinden ihre Steueranlage gesenkt haben. Allerdings mussten gleichzeitig sechs Agglomerationsgemeinden ihre Steueranlage erhöhen. Im Vergleich zu den Agglomerationsgemeinden liegt somit keine signifikante Verschlechterung vor, sondern eine unveränderte Ausgangslage. Überdies muss ein Vergleich mit anderen Berner Gemeinden, insbesondere mit den Agglomerationsgemeinden, immer unter Berücksichtigung der spezifischen Eigenheiten (zum Beispiel Zentrumslasten, Disparitätenausgleich, Infrastruktur, Kultur- und Sportangebot) erfolgen.

Die Behauptung der Motionärinnen und Motionäre, wonach sowohl Besserverdienende als auch durchschnittlich Verdienende die Stadt Bern als Wohnort meiden, lässt sich nicht mit Fakten belegen. Im Gegenteil: Eine Auswertung der Zahlen der Steuerverwaltung zeigt, dass die Stadt auch für durchschnittlich und gut verdienende Personen interessant ist. Der Anteil der Steuerzahlenden, die mehr als Fr. 100 000.00 als Einkommen versteuern, hat von 2005 bis 2009 von 6,6 % um 1,3 Prozentpunkte auf 7,9 % zugenommen. Ebenso hat der Anteil der Steuerzahlenden, die zwischen Fr. 61 000.00 bis Fr. 99 999.00 als Einkommen versteuern, von 15 % um 1,4 Prozentpunkte auf 16,4 % zugelegt. Eine Erhebung der Abteilung Stadtentwicklung vom Juli 2010, bei der die Steuereinnahmen im Jahr 2007 von Personen in Neubauwohnungen und Neubausiedlungen analysiert wurden, zeigt, dass diese Personen überdurchschnittlich viel an Gemeinde-Einkommenssteuern bezahlen. Bezahlten 2007 50 % aller Steuerzahlenden in der Stadt mehr als Fr. 1 996.00, lieferten 50 % der Steuerzahlenden in Neubauwohnungen mehr als Fr. 3 386.00 und 50 % der Steuerzahlenden in Neubausiedlungen mehr als Fr. 3 734.00 an Gemeinde-Einkommenssteuern ab.

Es gibt keine statistisch fundierte Analyse oder Auswertung zum Ausbildungsstand junger Pendlerinnen und Pendler, aus der sich eine Entwicklung ableiten liesse, wie sie im Motionstext behauptet wird. Die statistischen Daten belegen jedoch (Statistisches Jahrbuch der Stadt Bern 2010, Seite 21), dass die Bevölkerung der Stadt im Vergleich zu 1990 jünger geworden

ist. Der Anteil an über 60-Jährigen ist stark zurückgegangen und die Altersgruppe der 25- bis 50-Jährigen hat deutlich zugenommen.

Die klare Annahme des Budgets 2012 durch die Stimmberechtigten zeigt, dass die nachhaltige Finanzpolitik des Gemeinderats breite Unterstützung findet. Der Gemeinderat interpretiert dieses Ergebnis auch als Auftrag, weiter Eigenkapital bilden, um später eine massvolle Steuerensenkung ermöglichen zu können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 13. Juni 2012

Der Gemeinderat